

7. Lübecker Expertengespräch zu Staat und Sicherheit in Theorie und Praxis¹

Themen: Polizeilicher Kostenbescheid – Wehrpflicht –
Völkerstrafrecht und Disziplinarverfahren – Datenschutz – gefühlte
Sicherheit in Krankenhäusern und bei Sicherungsverwahrung

Redaktion: Herr d'Allemagne, Herr Rien zu Pupendorff, ich begrüße Sie herzlich; schön, dass Sie wieder am Lübecker Gespräch teilnehmen. Herr Rien zu Pupendorff, Sie eröffnen das staatsphilosophische Gespräch mit einem Thema Ihrer Wahl.

Glaukon: Das wurde aber auch Zeit – nicht, dass ich das Wort ergreife, sondern dass die Bürger angesichts der Schuldenlage des Staates endlich für die Sicherheitsleistungen auch einmal etwas bezahlen, die sie sich als Kunden wünschen.

Publius: Wie meinen?

Glaukon: Nun dieser Auffassung war offensichtlich die Polizei in Niedersachsen, die im Jahr 2001 für eine Ingewahrsamnahme im Anschluss an eine Versammlung einem Bürger Gebühren auferlegte: für die Unterbringung im Polizeigewahrsam 38 DM und die Beförderung von in Gewahrsam genommenen oder hilflosen Personen mit Polizeifahrzeugen 70 DM²; leider haben die „ästhetischen Schlafraffen“³ des liberalen Ersten Senats,⁴ vor dem die Sache nun verhandelt worden ist, dem Beschwerdeführer auch noch Recht gegeben, statt ihm einen weiteren Gebührenbescheid wegen Querulantentums auszustellen.

1 Die viel beachteten ersten sechs Lübecker Gespräche sind leider nicht dokumentiert worden; es läuft aber ein Oral History-Forschungsprojekt, um zumindest die Quintessenzen zu sichern.

2 Anm. der Redaktion: „Am 3./4. März 2001 fand im Landkreis Lüchow-Dannenberg an einem Bahnübergang in Pisselberg die Versammlung unter dem Motto ‚Nacht im Gleisbett‘ gegen den Transport von Atommüll in das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben (Castor-Transport) statt. Die Versammlung wurde am Abend des 3. März 2001 wegen der Gefahr eines Verstoßes gegen das Betretungsverbot der Gleise gemäß §§ 62, 63 der Eisenbahn-, Bau- und Betriebsordnung aufgelöst, als sich ein Teil der Demonstranten den Gleisen näherte. In der Folge versuchten mehrere Gruppen von Demonstranten einige hundert Meter von dem Bahnübergang entfernt, die Gleise zu besetzen. Sie wurden mit einem Platzverweis belegt, in Gewahrsam genommen und für eine Identitätsfeststellung zur Polizeiinspektion in Lüchow gebracht. Im Verlauf dieser Geschehnisse wurde auch der Beschwerdeführer nach dem polizeilichen Kurzbericht um 21:40 Uhr in Gewahrsam genommen, gegen 23:55 Uhr mit einem Dienstfahrzeug nach Lüchow transportiert und um 2:34 Uhr des Folgetages wieder entlassen... Mit Heranziehungsbefehl vom 4. September 2001 wurden dem Beschwerdeführer gegenüber gemäß §§ 3 Abs. 1, 14 NVwKostG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 AllGO... Kosten für die Unterbringung in Gewahrsam und die Beförderung in Höhe von insgesamt 108 DM festgesetzt“ (Kammerentscheidung 1. Senat, BVerfG, 1 BvR 1634/04 vom 29.7.2010).

3 Anm. der Redaktion: Der Begriff stammt von Carl Schmitt: Glossarium, Aufzeichnungen der Jahre 1947-1951, hrsg. von Eberhard Frhr. von Medem, Berlin 1991, S. 165.

4 Anm. der Redaktion: des Bundesverfassungsgerichts.

Publius: Verstehe – aber vordergründig betrachtet hat die Polizei hier tatsächlich einen schweren Fehler begangen, weil ein Taxi preiswerter gewesen wäre.

Staatsphilosophisch aber gilt in der Sache seit der Antike: Demokratie muss man sich natürlich leisten können.

Generell ließe sich hier auch noch viel mehr Potenzial erschließen, z.B. bei Verkehrskontrollen, Fußballspielen usw. – von Gebührenbescheiden in Haftanstalten ganz zu schweigen: schon eine konservative Rechnung brächte danach bei einem Lebenslänglichen bei regelmäßig abgesehenen 15 Jahren roundabout 100.000 €, mit anschließender Sicherungsverwahrung natürlich entsprechend mehr. Allerdings müsste man staatlicherseits aus Fürsorgegründen hier frühzeitig mit den Banken reden, um eine seriöse Finanzierung zu gewährleisten – zumal andererseits sonst auch drohte, dass zahlungsunfähige Häftlinge sich nach ein paar Jahren einfach in die Privatinsolvenz flüchteten.

Viel interessanter für die tägliche Praxis der Polizei aber ist der umgekehrte Fall. Wenn man nämlich dafür aufkommen muss, dass die Polizei bei einer Demonstration aktiv wird, kann man sich noch viel besser vorstellen, dass sie auch mal nichts tut, wenn man sie nur genauso dafür bezahlte.

Glaukon: Das versteht sich doch in der Praxis von selbst. Publius, Sie meinen wohl, dass sie dann nicht bezahlt werden dürfte – keine Leistung, kein Geld, wie in der Wirtschaft?

Publius: Nein, nein, ich meine, dass die Polizei gerade dafür bezahlt wird, dass sie ausdrücklich nichts tut, also gerade dann nicht ausrückt, wenn man sich das als Kunde vorher einkaufte.

Das ist ja auch eine wichtige historische Erfahrung Weimars, obwohl man seinerzeit noch nicht so kostenbewusst war, um Gebühren etwa bei fehlenden Einsätzen gegen rechts zu erheben. Und im Raubtierkapitalismus ist das ja nicht anders, etwa bei mafiöser Schutzgelderpressung – hier wird ja gerade für das Nichtstun bezahlt. Das würde auch für so manche NPD-Demo ganz neue Perspektiven eröffnen oder auch für die „dritten Halbzeiten“... und der Staat käme erst recht auf seine Kosten – und zwar ohne Kosten. Sozusagen eine moderne Variante des Ablasshandels. Aus verwaltungswissenschaftlicher und kameralistischer Sicht müsste man mal in den Archiven der Kirche recherchieren, wie sich das im Einzelnen gerechnet hat und welche kundenorientierten Differenzierungen hier ohne weiteren bürokratischen Aufwand für einen schlanken Staat möglich sind. Wäre ein gutes Thema für ein DFG-Projekt.

Redaktion: Das scheint dann fürs erste einmal geklärt; nächstes Thema: Wie steht es um die Frage der Wehrpflicht?

Glaukon: Ich sehe hier eine demokratische Tradition seit der Französischen Revolution bedroht – und die CDU/CSU.

Publius: Gewagter Kontext, Glaukon: Revolution und CDU/CSU.

Redaktion: Herr Rien zu Pupendorff meint sicherlich den Zusammenhang zwischen den dann von Schließung bedrohten Bundeswehrstandorten, Arbeitsplätzen und konservativen Wahlkreisen; möglicherweise gibt es ja auch rüstungswirtschaftliche Interessen.

Publius: Gerade das ist doch Demokratie, und zwar in diesem Falle Basisdemokratie – oder vielleicht doch eher Lobbyismus; aber irgendwie hängt das in der Demokratie ja auch zusammen.

Glaukon: Also schon im Staat der Athener war Wehrpflicht Bürgerrecht – und Bürgerpflicht.

Publius: Stimmt, auch wenn das vielleicht doch eher Sparta war, aber hier müsste man noch mal kurz in die Quellen schauen...

Jedenfalls ist die Idee mit dem Bürger-Recht gar nicht so abwegig – zumindest der EuGH hat das seinerzeit mit Blick auf die Diskriminierung von Frauen durch kategorischen Ausschluss vom Militär so gesehen. Insofern hat er das griechische Erbe vielleicht etwas überspannt, denn von Frauen an den Waffen waren die weit entfernt, obwohl sie andererseits bisweilen auch Staatsämter urdemokratisch per Los bestimmten. Schon stochastisch betrachtet hätte Gutenberg jedenfalls nach griechischem Usus sicherlich keine Chance gehabt, am Wehrdienst zu fummeln. Aber vielleicht waren uns die Griechen sogar in Sachen Emanzipation schon wieder voraus, denn nur so konnte Lysistrata überhaupt Frieden schaffen ohne Waffen. Sie sehen, alles nimmt seinen Anfang bei den Griechen und jedes Ding hat – um mit meinem Hausphilosophen Hegel zu sprechen – so seine ganz eigene Dialektik.

Wichtig ist mir zunächst einmal auch der rein praktische Aspekt: Schon bei den Griechen musste der Soldat ja ähnlich komplizierte Techniken wie Raketenwerferbatterien, Feuerleitsysteme und moderne Aufklärungselektronik bedienen; ein schlichtes Draufhauen genügte auch damals zumeist nicht, ja noch nicht einmal bei den Römern als den Praktikern der Antike, sodass das Argument einer Professionalisierung der Armee in der Moderne historisch zu kurz greift.

Glaukon: Und Sicherheit darf doch auch keine Sache des Geldbeutels sein.

Publius: Genau und noch einmal: Demokratie muss man sich leisten können; ich gehöre ja selbst zu den wenigen öffentlichen Befürwortern, die daher schon jetzt die sofortige Einführung einer weiteren Sektsteuer o.ä. fordern, um vor dem Hintergrund der derzeitigen sicherheitspolitischen Strategie adäquate Flottenpläne aufzulegen. Nur so wird man auf Dauer etwa bei der Piratenjagd auf den Weltmeeren auch die erforderlichen Hubschrauber- und Flugzeugträger finanzieren können.

Glaukon: Habense jedient?⁵

Publius: Natürlich war ich als Bürger auch einmal Staat in Uniform; und daher weiß ich ganz genau, wie wichtig das Militär für die Demokratie ist: Man muss nicht Gramsci – oder neomodischer: Foucault – lesen, um zu sehen, wie positiv die militärische Sozialisation auch zivilgesellschaftlich formt. Man denke nur an die vielen netten Kinder in diesen ordentlichen Matrosenanzügen und die herausragende Vorbildfunktion des kaiserlichen Reserveoffiziers in der Zeit von Wilhelm dem Letzten. Das wäre doch auch etwas für die Migranten – statt teurer Bildungsprogramme. Unsere Preußen wussten schon ganz genau, warum der Kasernenhof die „Schule der Nation“ ist – da hat man dann auch nachher nicht so

5 Anm. der Redaktion: Herr Rien zu Pupendorff ist mütterlicherseits hugenottischer Berliner.

viel Ärger mit den Bürgern. Nun ist das aber, um historisch gerecht zu sein, in Deutschland von den wenigen Ausnahmen wie 48/49, 68 und 89 abgesehen so-wieso nie wirklich ein politisches Problem gewesen. Erlauben Sie mir hier einen aktuellen Seitenhieb: vielleicht wird sich das mit Blick auf Großbaustellen selbst im Stuttgarter Ländle gerade ändern.

Redaktion: Gut, bevor wir das Thema verlassen, noch eine weitere Zwischenfrage zum Bereich Militär, mit der Bitte um eine kurze, „zackige“ Antwort: Wie bewerten Sie die Tatsache, dass der „Zwischenfall“ der Bombardierung am Kunduzfluss ohne strafrechtliche Folgen blieb?

Glaukon: Nun, hier gilt wohl der alte rechtsphilosophische Satz: *summum ius – summa iniuria!*

Redaktion: Äh, das passt vielleicht jetzt nicht ganz an dieser Stelle.

Publius: Wenn ich Glaukon volkstümlich aushelfen darf: Not kennt kein Gebot – eine filigran-flexible Formel, die elegant gleich eine ganze Reihe dieser bei uns so komplizierten positivrechtlichen Normierungen überflüssig macht, von jedem Deppen handhabbar ist und schon bei der Problematik der „Rettungsfolter“ ganz gut passte.

Außerdem: Man wird auch von deutschen Justizinstanzen nicht so einfach Kenntnisse im Kriegsvölkerrecht voraussetzen dürfen; diese Generation ist ja längst weg.

Mir scheint hier auch die dienstrechtliche Seite des Falls interessanter. Fachanwälte kritisieren zwar, dass Soldaten im Dienstalltag bei der Bundeswehr wegen regelrechter „Kinkerlitzchen... mit gerichtlichen Disziplinarverfahren überzogen werden“⁶. Vom Standpunkt der Souveränität aus betrachtet ist ein wiederholtes Zuspätkommen zum Dienst ja aber auch wohl schwerwiegender als der Verstoß etwa gegen die paar NATO-Einsatzregeln, denn ein solcher Ausnahmezustand bedroht schwerwiegend die Ordnung.

Redaktion: Verstehe.

Finden Sie die aktuellen Bemühungen einer datenschutzrechtlichen Verschärfung hinsichtlich privater Unternehmer übertrieben – Stichwort Telecom, Lidl usw.?

Glaukon: Ganz meine Meinung, da wird wieder einmal unverhältnismäßig vom Staat in die Freiheitsrechte eingegriffen.

Redaktion: Wieso – es sollen doch gerade die Rechte der Angestellten geschützt werden?

Publius: ... und wie immer die des Unternehmers verkürzt: Wenn in Deutschland Juristen, Gerichte und Wissenschaft ernsthaft darüber streiten, ob der Verzehr übrig gebliebener, der Mülltonne zuzuführender Maultaschen nicht doch eine Entlassung selbst bei jahrzehntelangem Arbeitsverhältnis rechtfertigen, dann wird der Arbeitgeber doch erst recht die Freiheit haben müssen, zu gucken, was seine Arbeiter nicht nur in der Werkshalle oder im Verkaufsraum, sondern auch beim Betriebsrat, in der Umkleide oder Toilette so treiben – womöglich wird da noch ge-

6 Ulrike Demmer: Trotziger Korpsgeist; in: Der Spiegel 34/2010, S. 33.

raucht. So viel Freiheit und gesunder Menschenverstand muss einfach sein. Und: Wenn schon wir Kunden im Geschäft bereit sind, uns wegen ein paar Rabattprozenten konsumdatentechnisch an der Kasse auszuziehen, dann gilt das wiederum erst recht doch für den Zugriff des Unternehmens auf die Daten seiner Angestellten, die ja wohl in einem viel engeren Vertrauensverhältnis stehen – und dafür ja schließlich noch bezahlt werden. Hier hat Lenin also ausnahmsweise einmal richtig gelegen.

Redaktion: Abschließend noch ein letztes Thema: gefühlte Sicherheit in Deutschland – Wie viele Babys würden Sie deutschen Krankenhäusern anvertrauen und welchen entlassenen Häftling fänden Sie als Nachbarn weniger bedrohlich: ehemaliger Drogendealer, Sexualstraftäter oder den einfachen, spießigen Mörder?

Glaukon: Ja, unerhört diese Skandale: Säuglinge sterben elendig an Infektionen und der EGMR macht sich stark für die Rechte der Unberechtigten; dabei sind wir Deutschen doch sonst so sauber.

Publius: Das ist eine im Ausland verbreitete Fehlinformation, die wir daher selber glauben. Glaukon, Sie müssten das doch aus der Berliner S-Bahn besser wissen. Im Grunde ist es dasselbe Phänomen wie mit dem britischen Gentleman – obwohl die britische Rasenpflege schon sehr kultiviert gewesen ist. Man erinnere in diesem Zusammenhang nur die in der Kolonialzeit verbreiteten Schilder: Hunden und Chinesen ist das Betreten verboten. Richtig ist jedenfalls: Die Deutschen sind nur prinzipiell. Tatsächlich badeten sie noch Anfang der 70er Jahre nämlich nur einmal in der Woche – eben immer nur samstags; möglicherweise hängt dieser Mythos hiermit zusammen. Aber in der Literatur ist das nicht ganz klar, sodass ich auch hier einen weiteren Exzellenzcluster – vielleicht ausgehend von Lévi-Strauss oder war es nur Levi's? – empfehlen würde.

Redaktion: Herr d'Allemagne, bitte doch zum Thema und bitte kurz, unsere Zeit läuft ab.

Publius: Gut, zur gefühlten Sicherheit – auch mit Blick auf den Terrorismus – zwei Thesen:

Erstens: Ich rate dringendst zur Einführung von Volksentscheiden bei der Entlassung konkreter Straftäter aus der Sicherungsverwahrung: ein Volk, das in aktuellen Umfragen regelmäßig Günther Jauch und Jogi Löw für die größten Vorbilder hält, kann einfach nicht irren – vox populi, vox dei.

Zweitens: Die ganzen Sicherheitsdebatten und -pakete um den Terrorismus wirken doch etwas überhastet. Denn ein Volk, das jährlich ca. 4.000 Verkehrstote und ca. 40.000 Todesfälle durch Infektionen infolge von Dreck und Schlamperei achselzuckend hinnimmt, braucht keine Angst zu haben.

Redaktion: Meine Herren, vielen Dank für das aufschlussreiche Gespräch.

Publius: (schon aus dem Off) ...ich wollte doch noch was zu Priester in Prügelheimen, BSE, Vogel- und Schweinegrippe gesagt haben...

Glaukon: (ebenfalls schon aus dem Off) ...und ich zum Sarazenen-Gen.

Redaktion: ...das machen wir einfach alles beim nächsten Mal, beim 8. Lübecker Gespräch, meine Herren... bis dahin gibt es auch sicher wieder eine neue Wutz, die durchs Dorf getrieben wird.